

KURZ UND PRÄGNANT

Die Hochschulen vernünftig finanzieren

Die Einigung von Thüringer Finanz- und Wissenschaftsministerium zur Hochschulfinanzierung bezeichnete MdL Susanne Hennig-Wellsow als „faulen Kompromiss“. Schließlich seien die bisher geforderten vier Prozent Mittelzuwachs bereits das Minimum gewesen. Die Ein-Prozent-Steigerung fange schon allein die zehnprozentigen Mehrkosten der Hochschulen nicht auf. „Die Landesregierung muss Planungssicherheit schaffen und darf nicht weitere Personalstellen gefährden. Noch immer gibt es keine Hochschulentwicklungsplanung. Wie kann man eine Finanzierung festlegen, wenn noch nicht mal die Entwicklungsschwerpunkte bestimmt sind“, so die LINKE-Politikerin. Sie verwies auf die Zahlen der GEW zur Unterfinanzierung der Hochschulen und forderte die Landesregierung auf, „schlechte Beruhigungsversuche vor der Wahl auf Kosten der Beschäftigten und zulasten von Forschung und Lehre zu unterlassen. Sie gefährden die soziale und demokratische Hochschule und führen zu noch mehr prekären Beschäftigungsverhältnissen an den Universitäten und Fachhochschulen.“ ■

Zalando: „Nicht nur reden, handeln!“

Sozialministerin Taubert kündigte an, sich für einen Runden Tisch einzusetzen, der die Gespräche zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite im Bereich des Onlinehandels wieder ins Rollen bringen soll. Dazu MdL Ina Leukefeld: „Endlich will die Landesregierung die verfahrenere Situation bei Zalando und Co. auf die Tagesordnung setzen. Bloßes Reden reicht aber nicht, vielmehr braucht es überprüfbare Fortschritte für die Beschäftigten.“ Ina Leukefeld und Karola Stange hatten bereits das Problem der Befristungen ange mahnt. „Wer effektive und arbeitnehmerfreundliche Strukturen will, braucht einen Betriebsrat“. Zwei Jahre Dauerbefristung als Standardlösung – das ist nicht nachvollziehbar. Hier muss der erste Ansatz der Gespräche erfolgen, neben den Selbstverständlichkeiten, wie sie der Arbeits- und Gesundheitsschutz vorschreibt. In der neuen Legislatur müssen wir zudem die Debatte über eine andere Förderkultur fortführen: Standards Guter Arbeit müssen in den Fokus rücken, gerade bei Großansiedlungen. Hier kann Frau Ministerin Taubert darauf vertrauen, dass DIE LINKE im Kampf um vernünftige Rahmenbedingungen an ihrer Seite stehen wird“, stellte die Arbeitsmarktpolitikerin fest. ■

Saale-Kaskade in öffentliches Eigentum

Hochwasserschutz, Freizeitnutzung, Energieproduktion und -versorgung, Tourismusregion

Eine Überführung der Thüringer Saale-Kaskade in öffentliches Eigentum, hatte Bodo Ramelow in einem Interview mit der Ostthüringer Zeitung am 22. April vorgeschlagen. Der Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat der LINKEN zu den Landtagswahlen kündigte an, er wolle sich im Falle eines Wahlsiegs für einen Kauf der Bleiloch- und Hohenwarte-Talsperre vom Energiekonzern Vattenfall und eine Wandlung zum Zweckverband einsetzen.

Indem die Saale-Kaskade besser als Energiespeicher genutzt werde, „könnten wir die Stromversorgung aus der Region heraus optimieren und überdies die Saaleregion als Premiumangebot im Tourismus platzieren“, argumentierte Bodo Ramelow. Der LINKE Politiker hatte betont, dass er dabei eine enge Abstimmung zwischen Hochwasserschutz, Energieerzeugung und deren Speicherung, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und des Tourismus für notwendig halte.

Diese Zielprojektion sei derzeit jedoch empfindlich gestört. Das zeige sich beispielhaft in den Auseinandersetzungen um abzureißende Bungalows sowie die Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen der Campingplätze. „Der zuständige Minister Jürgen Reinholz hätte sich seit Jahren engagieren können und müssen, um dieses schädliche Treiben an den Saale-Kaskaden zu beenden“, kritisierte Bodo Ramelow. Immerhin sei das Thema mehrfach im Landtag behandelt worden.

Sein Vorschlag hatte eine heftige öf-

fentliche Debatte ausgelöst, was Bodo Ramelow ausdrücklich begrüßte. Allerdings seien hysterische Untertöne bei einigen Beteiligten offenbar entweder deren Unkenntnis geschuldet oder einfach nur Wahlkampfpolemik.

Die Idee wurde zwar von einigen Landespolitikern in einer ersten Reaktion abgelehnt, der Landrat von Saalfeld-Rudolstadt, Hartmut Holzhey, hatte sie hingegen begrüßt. Die Ablehnung reichte

mal, dass es sich bei der deutschen Vattenfall GmbH um ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Vattenfall AB handelt, die komplett dem schwedischen Staat gehört. Es gehe bei der Debatte nicht um den von der FDP wie den sprichwörtlichen Teufel an die Wand gemalten „VEB Talsperren“. Offenbar kenne die FDP die Charakteristik von kommunalem Eigentum nicht. Dass sie sich dann aber noch vehement für einen



Mit ihren 215 Millionen Kubimetern Stauinhalt ist die Bleiloch-Talsperre, die im oberen Saalelauf zusammen mit anderen Talsperren betrieben wird, die größte Talsperre in Deutschland.
Foto: A. Rudolph

dabei bis zur albernsten Tirade der FDP-Landtagsfraktion, sie wolle „keinen VEB Talsperren“. Dabei argumentierte die FDP weiter, sie setze sich stattdessen für kleine und mittlere Betriebe (KMU) ein – denn die selbst ernannte Wirtschaftspartei weiß offenbar nicht ein-

schwedischen Staatskonzern einsetze, sei eine „wirklich absonderliche Wahlkampfhysterie“, betonte Bodo Ramelow.

Weitere Infos: http://www.die-linkethl.de/themen/themen_a_z/p_t/thueringer_meer/ ■

Drohende Fehlinvestitionen in Abwasseranlagen

Ein Gutachten, das der Wasser- und Abwasserverband Hildburghausen (WAVH) zu Phosphatgehalten in Schleuse und Bergsee Ratscher in Auftrag gegeben hatte, belegt das Fehlen sachlicher Gründe für verschärfte Anforderungen an die Abwasserbehandlung in der betroffenen Region.

Zu den aus dem Gutachten resultierenden Konsequenzen für künftige Anforderungen an die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum in Thüringen hatten sich Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion im Thüringer Landtag, und Steffen Harzer, ehemaliger Vorsitzender des Hildburghäuser Wasser- und Abwasserverbandes, bei einem Pressegespräch am 30. April geäußert.

Das Gutachten belege, dass die vom Land festgestellten hohen Phosphatbelastungen „zufällig und witterungsabhängig“ seien, „aber nichts mit dem kommunalen Abwasser zu tun“ haben, betonte Tilo Kummer. Er verwies auf das formulierte Fazit, in dem es heißt:

„Für eine Verschärfung der P-Überwachungswerte für private und kommunale Kläranlagen im Einzugsgebiet des Hochwasserrückhaltebeckens Ratscher wird kein sachlicher Grund gesehen. Sehr wahrscheinliche Konsequenzen im Falle einer Verschärfung der Überwachungswerte sind wirtschaftliche Fehlinvestitionen Investitionen mit zufälligem Nutzen widersprechen dem Effizienz- und Sparsamkeitsprinzip.“

Steffen Harzer warnte ebenfalls vor „nicht notwendigen erheblichen Kosten in die Investition und Betreibung von Kläranlagen“. Für den Zweckverband Hildburghausen gehe es um eine Summe von insgesamt 20 Millionen Euro. Er forderte landesweit eine Überprüfung von offenbar fehlerhaft erhobenen Daten und verwies auch auf den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum. Vom Land habe es bisher noch keine Reaktion auf das bereits im März öffentlich vorgestellte Gutachten gegeben.

Mit Blick auf die für eine Phosphatfällung notwendige Aufrüstung auch von vollbiologischen Kleinkläranlagen sowie die Tatsache, dass es kaum noch Landesfördermittel für Investitionen zur Abwasserbehandlung im ländlichen Raum gibt, müssten letztlich die Bürgerinnen und Bürger die erhöhten Kosten tragen, Fehlinvestitionen „über höhere Beträge und Gebühren refinanzieren“.

Tilo Kummer kündigte an, dass das Gutachten dem Umweltausschuss (dessen Vorsitzender er ist) zur Verfügung gestellt wird und die Landesregierung dazu Stellung nehmen soll.

„Wir werden eine Überprüfung der erhobenen Phosphatwerte fordern.“ Dies müsse zur Änderung der Abwasserbeseitigungskonzepte führen, entsprechend schon ergangene Bescheide müssten ausgesetzt werden. Es dürfe zu „keinen weiteren Belastungen für die Thüringer Bürgerinnen und Bürger kommen“, unterstrich der LINKE Landtagsabgeordnete. ■